

Nr. 14

9. April 2020

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Öffentlicher Dienst im Krisenmodus

[Social Media-Aktion des dbb - #zusammen!](#)

Referentenentwurf zur COVID-19-Arbeitszeitverordnung

[Lockerung des Arbeitsschutzes erfordert Augenmaß](#)

Bericht der Rentenkommission

[Generationengerechtigkeit ist das Maß!](#)

Systemrelevante Berufe aufwerten

[dbb bundesfrauenvertretung: Nur Klatschen reicht nicht!](#)

dbb bundesfrauenvertretung begrüßt Sofortmaßnahmen

[Elterngeld ist wichtige Hilfe in Krisenzeit](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften

[Coronavirus-Pandemie: Informationen und politische Forderungen](#)

dbb Hessen begrüßt Bußgeldkatalog der Landesregierung

[Wirksames Instrument zur Durchsetzung des Kontaktverbots](#)

VDR warnt vor vorzeitigen Schulöffnungen

[Die Lage ist viel zu ernst, um daraus politisches Kapital zu schlagen](#)

BvLB appelliert an Betriebe

[Lernfenster für die berufliche Bildung garantieren](#)

GDL fordert Tarifvertrag Kurzarbeit

[Systemrelevantes Zugpersonal verdient konkreten Schutz](#)

## [Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Öffentlicher Dienst im Krisenmodus Social Media-Aktion des dbb - #zusammen!

**Deutschlands öffentlicher Dienst ist im Krisenmodus: Vor Ort im Einsatz, aber auch mobil und im Homeoffice, arbeiten Millionen Beschäftigte an der Bewältigung der Coronavirus-Pandemie und sorgen dafür, dass der Staat auch in allen anderen Bereichen weiterhin möglichst reibungslos funktioniert. Der dbb zeigt Momentaufnahmen.**

Bundesweit arbeiten die Menschen im Gesundheitswesen, im Erziehungs- und Bildungsbereich, bei Einsatzkräften, in Krisenstäben der Verwaltungen rund um die Uhr an der Bewältigung der Coronavirus-Pandemie. Gleichzeitig kommen Millionen Kolleginnen und Kollegen dem Gebot der Stunde - Abstand wahren - nach und sorgen in Wechselbesetzungen, mobiler Arbeit und Homeoffice dafür, dass der öffentliche Dienst auch in allen anderen Bereichen, die weiterlaufen müssen, nicht zum Erliegen kommt. Unter dem Hashtag #zusammen zeigt der dbb als Dachverband der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Deutschland in den sozialen Netzwerken ab heute Momentaufnahmen, die zahlreiche Beschäftigte eingesandt haben.

„Der selbstlose und engagierte Dienst der Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, bei den Sicherheitseinsatz- und Ordnungskräften, im Justizvollzug, in der Sozialen Arbeit, beim Zoll und in der Bundeswehrverwaltung ist großartig und macht uns alle stolz“, sagte dbb Chef Ulrich Silberbach am 2. April 2020 in Berlin. „Was viele nicht sehen, sind die weiteren Millionen

Beschäftigten, die an vielen Orten und unter erschwerten Bedingungen mit großer Motivation und hohem Engagement daran arbeiten, dass Staat, Wirtschaft und Gesellschaft möglichst gut durch diese schwere Zeit kommen: die Bundes- und Landesministerien, der Diplomatische Dienst, Regierungspräsidien- und Bezirksregierungen, Landkreise und Städte, Arbeitsverwaltung und Jobcenter, Sozialversicherungen und Versorgungsverwaltung, Finanz- und allgemeine Verwaltung, die Justizverwaltung, der Technische Dienst, Fernverkehr, Öffentlicher Nahverkehr, Post und Kommunikation, Ver- und Entsorgung, Straßen- und Verkehrsdienst, Bundes- und Landesbanken, Forst, Natur- und Umweltschutz - das Land funktioniert auch im Krisenmodus dank der entschlossenen, hochmotivierten und leistungsbereiten Menschen, die seinen öffentlichen Dienst zu einem der besten in der ganzen Welt machen“, so Silberbach.

Der dbb freut sich über alle weiteren Momentaufnahmen von Menschen im öffentlichen Dienst: Einfach an [presse@dbb.de](mailto:presse@dbb.de) oder via WhatsApp: 0151.628 418 93 senden.

## Referentenentwurf zur COVID-19-Arbeitszeitverordnung Lockerung des Arbeitsschutzes erfordert Augenmaß

**Der dbb fordert, besonnen mit den durch die COVID-19-Arbeitszeitverordnung geplanten Ausnahmemöglichkeiten vom Arbeitszeitgesetz umzugehen. „Die Beschäftigten, die jetzt schon Erhebliches zur Bewältigung der Pandemie leisten, dürfen nicht ohne absolute Notwendigkeit weiter belastet werden“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer am 8. April 2020 in Berlin.**

Die geplante COVID-19-Arbeitszeitverordnung sieht wegen der Corona-Pandemie für bestimmte Berufe Abweichungen vom Arbeitszeitgesetz vor. Wenn es nötig ist, um das Gemeinwesen in bestimmten Bereichen funktionsstüchtig zu halten, darf die werktägliche Arbeitszeit für Arbeitnehmer auf zwölf Stunden täglich verlängert und die Ruhezeit auf bis zu neun Stunden verkürzt werden.

Vom Verordnungsentwurf erfasst sind bestimmte Tätigkeiten, die in der Verordnung abschließend aufgezählt sind. Hierzu zählen Tätigkeiten bei Gericht, Behörden, der Energie- und Wasserversorgung, der Not- und Rettungsdienste, der Feuerwehr, medizinische oder pflegerische Tätigkeiten, aber auch Tätigkeiten im Zusammenhang mit Waren des täglichen Bedarfs. In diesen Berufen darf die Arbeitszeit abweichend von den Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes von derzeit acht auf bis zu

zwölf Stunden verlängert werden - gegebenenfalls sogar darüber hinaus, soweit die Verlängerung nicht durch vorausschauende, organisatorische Maßnahmen einschließlich notwendiger Arbeitszeitdisposition, durch Einstellungen oder sonstige personalwirtschaftliche Maßnahmen vermieden werden kann. Die wöchentliche Arbeitszeit darf im Regelfall 60 Stunden nicht überschreiten. Das Sonn- und Feiertagsarbeitsverbot wird gelockert, um nötigenfalls auch dann zu arbeiten, wenn die Arbeit nicht an Werktagen erledigt werden kann.

Ein Ersatzruhetag muss innerhalb von acht Wochen gewährt werden.

„Lange Arbeitszeiten und verkürzte Ruhezeiten gefährden nachweislich die Gesundheit der Beschäftigten“, so Geyer- „Deshalb ist es zwingend notwendig abzuwägen, ob eine Abweichung vom Arbeitszeitgesetz zu vertreten ist. Der Arbeitgeber muss seiner Schutzpflicht auch seinen Mitarbeitern gerecht werden.“

## Bericht der Rentenkommission **Generationengerechtigkeit ist das Maß!**

**Die Vorsitzenden von dbb jugend und dbb bundessenorenvertretung, Karoline Herrmann und Horst Günther Klitzing, sehen Licht und Schatten bei dem von der Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ vorgelegten Bericht.**

„Haltelinien sind grundsätzlich gut. Mit einem weiteren Absenken der Renten wird jedoch das Ziel der Teilhabe an der Wohlstandsentwicklung künftiger Generationen nicht erreicht“, erklärte Horst Günther Klitzing. Das heutige Rentenniveau sei zu halten, indem beispielsweise Leistungen, die von gesamtgesellschaftlichem Interesse sind, auch von der gesamten Gesellschaft aus Steuermitteln finanziert werden. Vor allem aber sei die Berücksichtigung der Beitragsentwicklung in allen Zweigen der Sozialversicherung enorm wichtig.

Karoline Herrmann stellte fest: „Jüngere Beschäftigte sind ohnehin zum Beispiel durch Familiengründung finanziell stark gefordert. Die Höhe des Gesamtsozialversicherungsbeitrags darf sich hier nicht negativ auswirken.“

Herrmann und Klitzing werteten den Verzicht auf eine Empfehlung für eine weitere Anhebung des Rentenzugangsalters und die Betonung des Handlungsbedarfs bei der zusätzlichen Altersvorsorge grundsätzlich positiv. Allerdings sei bei der Altersvorsorge die finanzielle Leistungsfähigkeit der jüngeren Generation zu beachten. „Sehr vernünftig und sachgerecht ist, die Alterssicherung der Beamten auch zukünftig in dem bewährten eigenständigen System abzuwickeln“, sagten die beiden Vorsitzenden. Die Einbeziehung der Beamten in die Rentenversicherung würde das Ziel der Generationengerechtigkeit konterkarieren, da dies mittel- bis langfristig die deutlich teurere Variante wäre.

## Systemrelevante Berufe aufwerten **dbb bundesfrauenvertretung: Nur Klatschen reicht nicht!**

**Die dbb bundesfrauenvertretung fordert eine schnelle und nachhaltige Antwort der Politik auf die besonderen Auswirkungen der aktuellen Krisensituation auf Frauen im öffentlichen Dienst.**

„Zwei Drittel der systemrelevanten Berufe – von der Pflege alter und kranker Menschen bis hin zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Medikamenten – liegen in den Händen weiblicher Beschäftigter. Und gerade in diesen Bereichen werden mitunter die schlechtesten Branchenlöhne bezahlt. Gleichzeitig sehen sich viele Frauen und ganz besonders Alleinerziehende durch Schul- und Kitaschließungen einer zusätzlichen Belastung

ausgesetzt. Es geht um die schiere Existenzhaltung. Sie alle verdienen mehr als Applaus. Sie verdienen eine finanzielle Aufwertung ihrer gesellschaftlich wichtigen Arbeit“, betonte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 3. April 2020. Eine bessere Bezahlung der Beschäftigten, weitreichender Arbeitsschutz, langfristig gute soziale Absicherung auch im Alter sowie eine

bessere personelle Ausstattung in den systemrelevanten Bereichen, die zu einem erheblichen Teil in der Verantwortung des öffentlichen Dienstes liegen, müssten jetzt dringend auf den Weg gebracht werden. „Wir müssen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern, dass Frauen zu den Verliererinnen der Krise werden. Die besonderen Auswirkungen

der aktuellen Krisensituation auf Frauen im öffentlichen Dienst müssen genau analysiert werden, um passgenaue Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Dazu gehört auch eine konsistente und nachhaltige Gleichstellungspolitik, die strukturelle Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts konsequent bekämpft“, forderte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung.

## dbb bundesfrauenvertretung begrüßt Sofortmaßnahmen Elterngeld ist wichtige Hilfe in Krisenzeit

**Die Coronavirus-Krise soll sich laut Bundesfamilienministerin Franziska Giffey nicht negativ auf die Elterngeldbezüge auswirken. Die dbb bundesfrauenvertretung begrüßt die angekündigten Sofortmaßnahmen als wichtiges Signal für Familien und werdende Eltern.**

„In diesen unsicheren Zeiten zählt das Elterngeld zu einer wichtigen Lohnersatzleistung, die für werdende Eltern und junge Familien existenzsichernd wirkt. Es ist nur richtig, die Höhe der Lohnersatzleistung nun zu stabilisieren, um Familien die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen“, betonte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 3. April 2020.

Die geplanten Maßnahmen der Bundesfamilienministerin sehen vor, die Berechnungsgrundlage für das Elterngeld an die gegebenen Umstände anzupassen. Im Fokus sind werdende Eltern sowie Mütter und Väter, die wegen der Coronavirus-Krise mit Einkommenseinbußen konfrontiert sind. So sollen nur Einkünfte für die Berechnung der Elterngeldansprüche berücksichtigt werden, die nicht von

den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie berührt sind.

Darüber hinaus sollen Beschäftigte, die in systemrelevanten Berufen arbeiten, die Möglichkeit erhalten, ihre Elternzeiten zu verschieben, sollten sie diese aufgrund der aktuellen Lage nicht wahrnehmen können. Im Gespräch sind zudem auch Lockerungen der Regeln beim Partnerschaftsbonus.

„Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind im Ansatz richtig. Jetzt geht es darum, eine zügige Umsetzung anzustreben. Hier appellieren wir an die Beteiligten, zu einer schnellen Einigung zu kommen. Sobald ein entsprechender Gesetzentwurf vorliegt, werden wir genau prüfen müssen, inwieweit die vorgeschlagenen Änderungen positiv zu bewerten sind oder ob noch nachgebessert werden muss“, so Wildfeuer.

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

dbb Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften

### **Coronavirus-Pandemie: Informationen und politische Forderungen**

**Die Coronavirus-Pandemie hat Auswirkungen auf nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens – und damit natürlich auch auf den gesamten öffentlichen Dienst. Die dbb Landesbünde und Fachgewerkschaften bieten in dieser Lage wichtige regional- und berufsspezifische Informationsangebote.**

Insbesondere zu den länderspezifischen bzw. regionalen Regelungen empfiehlt der dbb, sich regelmäßig bei den dbb Landesbünde zu informieren. Eine Übersicht der Landesbünde finden Sie auf [dbb.de](https://www.dbb.de). Hinsichtlich der berufsspe-

zifischen Informationen gilt dies selbstverständlich auch für die dbb Mitgliedsgewerkschaften. Eine Liste aller im dbb organisierten Gewerkschaften finden Sie ebenfalls auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

---

## dbb Hessen begrüßt Bußgeldkatalog der Landesregierung Wirksames Instrument zur Durchsetzung des Kontaktverbots

**Der dbb Hessen hat am 3. April 2020 die Entscheidung der hessischen Landesregierung begrüßt, endlich einen Bußgeldkatalog für Verstöße gegen die Kontaktbeschränkungen vorzulegen. Dies hatte der dbb Hessen bereits zu Beginn der Beschränkungsmaßnahmen gefordert.**

„Dabei will sich der dbb Hessen nicht als Spielverderber verstanden wissen, der den Mitbürgern das Treffen mit Freunden oder das Bad in der Frühlingssonne vergällen will. Aber: Verbote sind dazu da, eingehalten zu werden. Dazu braucht es Kontrollen. Und wenn dabei festgestellt wird, dass einzelne Bürgerinnen und Bürger sich nach wie vor rücksichtslos und ignorant verhalten, dann müssen die Kontroll-

behörden rasch und konsequent eine Verhaltensänderung herbeiführen“, sagt der Landesvorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt in Frankfurt.

„Die Zeiten für gebetsmühlenartige Appelle sollten vorbei sein“, so Schmitt weiter. „Mit dem Bußgeldkatalog haben die Kontrollbehörden nun ein praktikables Instrument zur Sanktion der Verstöße an der Hand.“

## VDR warnt vor vorzeitigen Schulöffnungen Die Lage ist viel zu ernst, um daraus politisches Kapital zu schlagen

**„Die aktuellen Spekulationen, wann die Schulen wieder öffnen werden, sind derzeit kaum sinnvoll. Natürlich müssen alle Verantwortlichen, allen voran die Kultus- und Bildungsministerien, verschiedene Szenarien durchdenken. Aber jetzt bereits feste Exit-Zeitpunkte festzulegen und daran vehement festzuhalten, finde ich falsch“, erklärte Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR) und dbb Vize am 8. April 2020 in München.**

„Das vor wenigen Tagen beschlossene Festhalten der Länder an den Abschlussprüfungen steht aktuell nicht zur Debatte“, betonte der Bundesvorsitzende weiter. Gefragt seien regionale Lösungen, die von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich sein könnten und sein müssten. „Die Stärke des Föderalismus muss und wird sich jetzt zeigen und birgt für alle Länder die Möglichkeiten, die es in dieser Zeit der Krise braucht“, bekräftigte Böhm.

Die Eltern und Lehrerkollegien vor Ort bat Jürgen Böhm um Geduld und auch eine gewisse

Toleranz für Entscheidungen. Ziel müsse sein, dass ein Übergang in „geordnete Verhältnisse“ geschaffen wird. Denkbar wäre hier die stufenweise Öffnung der Schulen. „Die Gesundheit aller Schülerinnen und Schüler sowie aller Lehrkräfte muss immer im Vordergrund stehen. Die Schulleitungen sind jetzt gefordert, in den eigenen Kollegien und in der Schülerschaft Risikogruppen zu ermitteln, die besonders geschützt werden müssen“, betonte Böhm.

## BvLB appelliert an Betriebe Lernfenster für die berufliche Bildung garantieren

Niemand könne mit Gewissheit sagen, wann die verordneten Schulschließungen in Folge der Coronavirus-Krise aufgehoben werden. „Umso wichtiger ist es, dass die Betriebe den Auszubildenden die notwendigen Lernfenster zubilligen und die ausfallenden Unterrichtstage nicht mit betrieblichen Aufgaben füllen“, forderte Eugen Straubinger, Vorsitzender des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) am 6. April 2020. Joachim Maiß, ebenfalls BvLB Bundesvorsitzender, ergänzte: „Nur so können die Auszubildenden das von den Berufsbildnern per Mail, Postversand oder über die Digitalcloud zur Verfügung gestellte Lernangebot nutzen und sich auf die bevorstehenden Prüfungen vorbereiten. Das gilt umso mehr für die Abschlussklassen, die ihre Kammerprüfungen noch absolvieren müssen - wann auch immer.“

Seit dem 16. März sind die Schulen geschlossen. Die berufsbildenden Schulen in Deutschland nutzen seither alle nur denkbaren Kommunikationskanäle, um Unterricht zu gewährleisten und das Wissen zu den Schülerinnen und Schülern zu bringen. Das am 20. April, dem anvisierten Datum zum Wiedereinstieg in den gewohnten Präsenzunterricht, tatsächlich Normalität Einzug hält, sei unwahrscheinlich.

„Planungssicherheit ist wünschenswert, in der jetzigen Situation allerdings nicht realistisch. Dennoch braucht es eine Roadmap. Die Lehrkräfte der beruflichen Bildung leisten in der Krise Enormes, um Fernunterricht stattfinden zu lassen. Die Versäumnisse der Vergangenheit rund um die Digitalisierung beinhalten auch mangelnde Fortbildungsangebote für Lehrkräfte“, kritisierte Straubinger.

## GDL fordert Tarifvertrag zur Kurzarbeit Systemrelevantes Zugpersonal verdient konkreten Schutz

Im Zuge der Coronavirus-Krise wird auch in einer Reihe von Eisenbahnverkehrsunternehmen aller Sparten über die Einführung von Kurzarbeit diskutiert. Um die wirtschaftlichen Nachteile durch das Kurzarbeitergeld für ihre Mitglieder möglichst gering zu halten, fordert die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) den Abschluss eines Tarifvertrages zur Regelung der Einkommensbedingungen bei Kurzarbeit (TV Kurzarbeit) und einem Kündigungsverzicht für die Zeit der Pandemie.

Der TV Kurzarbeit müsse als zentrales Element den Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen während der Ankündigungsfrist, der Kurzarbeit selbst und bis drei Monate nach deren Beendigung enthalten. „Mit der Einführung von Kurzarbeit geht nicht automatisch ein Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen einher“ so der GDL Bundesvorsitzende Claus Weselsky am 3. April 2020 in Frankfurt am Main. „Darum wollen wir einen umfassenden Kündigungsschutz tarifvertraglich vereinbaren. Von der von uns gewählten Formulierung sind übrigens auch betriebsbedingte Änderungskündigungen erfasst.“

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil des TV Kurzarbeit müsse der Anspruch auf einen Zuschuss zum Kurzarbeitergeld sein. „Dadurch

werden unabhängig von der Höhe der angeordneten Kurzarbeit stets 90 Prozent des Nettoentgelts erzielt, das der Arbeitnehmer ohne Kurzarbeit erzielt hätte“, so der GDL Chef und dbb Vize. Der Zuschuss zum Kurzarbeitergeld solle außerdem um die entfallenden Zulagen für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit sowie der Fahrentschädigung erhöht werden.

„Lokomotivführer, Zugbegleiter, Gastronomiemitarbeiter Disponenten und Ausbilder halten in der Krise als Helden des Alltags den Betrieb aufrecht“, so Weselsky. „Sie verdienen höchsten Respekt und Anerkennung, aber auch ganz konkret weitgehenden Schutz vor finanziellen Nachteilen und sozialen Ängsten.“

## Namen und Nachrichten

Mit dem Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz konnten durch den **dbb** wegweisende Fortentwicklungen eingeleitet und wichtige Änderungen bewirkt werden, die für alle Beamtinnen und Beamten Verbesserungen beinhalten. So ist es auch bei den Neuregelungen der Umzugskostenvergütung und des Trennungsgeldes gelungen, Forderungen des **dbb** nach deutlichen Vereinfachungen, mehr Transparenz und besserer Steuerfähigkeit umzusetzen. Detailinformationen hierzu unter: [dbb.de](http://dbb.de)

„Es ist an der Zeit sich einfach mal bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu bedanken“, erklärte der Vorsitzende des **dbb Hessen** Heini Schmitt am 8. April 2020. Durch die Coronavirus-Krise sind viele Bereiche des öffentlichen Dienstes besonders gefordert. „Und es ist beeindruckend zu sehen, mit wie viel Einsatzbereitschaft und Professionalität da agiert wird.“ Das gehe weit über den Kreis der jetzt als „systemrelevant“ gelobten Berufsgruppen hinaus. Allerdings sollte sich der Dank nicht nur in warmen Worten oder abendlichem Applaus am offenen Fenster erschöpfen, findet Schmitt. „Die Verantwortlichen in der Politik sollten sich auch dann noch daran erinnern, wenn wir die derzeitige Krise weitgehend überwunden haben. Die Wertschätzung muss sich auch wirtschaftlich messbar für die Beschäftigten auswirken.“

Nach jetziger Planung sollen auch die beruflichen Schulen nach dem 20. April wieder öffnen und bundesweit mit dem gewohnten Präsenzunterricht starten. Ob tatsächlich die Normalität Einzug hält, halten selbst die Kultusminister für unwahrscheinlich und entwickeln entsprechende Szenarien. „Was auch immer die Kultusminister nach Ostern entscheiden, der Wiedereinstieg in den Schulalltag ist an Mindestanforderungen gekoppelt. Die Risikogruppen müssen klar definiert sein. Der Mindestabstand in den Klassenräumen muss gewährleistet sein. Die hygienischen Bedingungen müssen dem Infektionsschutzgesetz genügen. Und der Gesundheitsschutz muss für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler

gleichermaßen garantiert sein. Andernfalls kann der Unterricht an beruflichen Schulen nicht starten“, sagen Joachim Maiß und Eugen Straubinger, Vorsitzende des **Bundesverbandes für Lehrkräfte der Berufsbildung** (BvLB) am 8. April 2020.

„Das ist organisierte Unverantwortlichkeit, wenn lediglich Empfehlungen an die Bundesländer ausgesprochen werden, statt die Grenzkontrollen auszuweiten und konsequent anzuwenden“, kritisierte der Bundesvorsitzende der **Deutschen Polizeigewerkschaft** Rainer Wendt am 6. April 2020 in Berlin die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung. Wenn die Bundespolizei jetzt dazu aufgefordert werde, an Stelle von Gesundheitsbehörden tätig zu werden und gleichzeitig ihren eigentlichen gesetzlichen Auftrag nicht nachzukommen, sei die Verwirrung komplett. Einreiseverbote nach Deutschland müssen nach Auffassung der DPoIG an allen Grenzen durch den Einsatz von Bundespolizei konsequent kontrolliert und auch durchgesetzt werden.

Bei den Personalratswahlen 2020 konnte die **Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft** (BDZ) im Hauptpersonalrat beim Bundesministerium der Finanzen, im Bezirkspersonalrat bei der Generalzolldirektion sowie im Gesamtpersonalrat bei der Generalzolldirektion einen klaren Sieg mit absoluten Mehrheiten erreichen. Im Hauptpersonalrat beim Bundesministerium der Finanzen sowie im Bezirkspersonalrat bei der Generalzolldirektion erreicht die BDZ jeweils 19 von 31 Sitzen und im Gesamtpersonalrat, bei der Generalzolldirektion 15 von 23 Sitzen. Der BDZ Bundesvorsitzende Dieter Dewes dankte am 7. April 2020 allen Wählerinnen und Wählern „für diesen eindeutigen und großartigen Vertrauensbeweis. Das hervorragende Abschneiden unserer Listen zeigt eindrucksvoll, dass die Beschäftigten der BDZ als der Fachgewerkschaft der Bundesfinanzverwaltung zutrauen, die Herausforderungen auch in Zukunft zu bewältigen.“

**Wir wünschen allen ein gesundes und frohes Osterfest.**